

Prekäre Arbeit



Beschäftigte der Charité-Tochter CFM haben sich die Rückkehr in den Tarifvertrag erstreikt.

ANADOLU AGENCY/IMAGO

In vielen Branchen werden Jobs gestrichen, Belegschaften sind gespalten und der Hype um künstliche Intelligenz erhöht die Unsicherheit. Gleichzeitig steigt auch der Druck auf Arbeitslose. Die Soziologin Nicole Mayer-Ahuja sieht trotzdem Potenziale für Solidarisierung.

Frau Mayer-Ahuja, wenn es nach Bundeskanzler Friedrich Merz geht, sind wir ganz tief im „Herbst der Reformen“. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf solche Debatten über den Sozialstaat?

Die angedachten Veränderungen im Bereich von Arbeit und sozialer Sicherung sind keine guten Nachrichten für abhängig Beschäftigte.

Inwiefern?

Weil wir davon ausgehen müssen, dass sie die Konkurrenz zwischen Verstärkten in der Arbeitswelt verstärken. Wenn die Standards des Arbeitszeitgesetzes infrage gestellt werden, müssen sich Beschäftigte stärker gegen den Kollegen oder die Kollegin durchsetzen – zum Beispiel, indem man besonders flexibel ist, besonders lang arbeitet und so weiter. Wenn durch Einsparungen beim Bürgergeld die leeren öffentlichen Kassen gerettet werden sollen, erhöht das letztlich den Druck auf alle Beschäftigten.

Das ist auch Thema Ihres Buchs: Konkurrenz um Arbeit und Konkurrenz in Arbeit. Was meinen Sie damit?

Pierre Bourdieu hat das schon vor langem beobachtet: Wir le-

„Niemand greift den Sprengstoff der Klassengesellschaft auf“

Arbeitssoziologin Nicole Mayer-Ahuja über gespaltene Belegschaften, den steigenden Druck auf Beschäftigte und die Kosten der Aufrüstung / Ein Interview von Steffen Herrmann

ben in einem System, in dem Arbeitende permanent miteinander konkurrieren, und zwar nicht nur um Jobs, sondern auch um das nächste interessante Projekt oder um Aufstiegsmöglichkeiten, um Anerkennung. Und das ist ein Problem für die Frage: Wie kann man unter diesen Bedingungen solidarisch sein, zusammenhalten, sich gegenseitig unterstützen?

Die Konflikte finden also eher innerhalb der Belegschaften statt und nicht zwischen Beschäftigten und Management?

Genau, das ist eine Frage, die mich sehr beschäftigt. Menschen, die abhängig beschäftigt sind – also ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um die eigene Existenz zu sichern –, haben im Prinzip viel gemeinsam: den Druck, den Job zu behalten; die Erfahrung, fremden Reichtum zu mehr; die Erfahrung, in einem Betrieb zu arbeiten, wo nicht demokratisch entschieden wird, sondern das Management bestimmt. In diesen Lohnarbeitserfahrungen steckt unheimlich viel Verbindendes. Aber gleichzeitig werden Beschäftigte permanent in Kon-

kurrenz zueinander gesetzt. Das macht es schwer, die gemeinsamen Interessen auch zusammen zu vertreten – etwa gegen Unternehmen. Ich stelle die Frage: Was kann man tun, damit zumindest zeitweise das Verbindende zwischen Beschäftigten das Trennende überwiegt?

Haben Sie eine Antwort?

Es gibt ja durchaus Potenziale für Solidarisierung. Selbst in Unternehmen, die ihre Belegschaften spalten, indem sie Leiharbeitsfirmen beauftragen, oder auch in Krankenhäusern, wo etwa Subunternehmen den Bettentransport, die Reinigung oder die Kantine übernehmen. Trotzdem müssen Stamm- und Randbelegschaft oft eng zusammenarbeiten, sind aufeinander angewiesen. Darin steckt ein Potenzial, sich gegenseitig kennen- und schätzen zu lernen und eine gemeinsame Politik zu vertreten. Das sehen wir etwa in der Krankenhausbewegung.

Gibt es noch weitere Ansatzpunkte?

Andere Ansatzpunkte liegen zum Beispiel in der Erfahrung,

die eigene Arbeit nicht mehr gut machen zu können. Etwa weil das Management für den Gewinn bereit ist, bei der Qualität von Produkt oder Dienstleistung Abstriche zu machen. Das sieht man überall: von IT-Abteilungen großer Unternehmen bis hin zum Reinigungsdienst. Die eigene Arbeit nach professionellen Standards gut machen wollen, aber vom Management daran gehindert zu werden –

das ist ein Ansatzpunkt, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen.

Im kommenden Jahr werden wieder Betriebsräte gewählt. Viele Beschäftigte engagieren sich aber nicht. Denn die Arbeitsverdichtung nimmt zu, man hetzt von Termin zu Termin. Es wird schwerer, die eigenen Ansprüche an die Arbeit zu erfüllen. Das Privatleben leidet. Da sagen viele: Für Arbeit im Betriebsrat fehlen mir Energie und Zeit.

Ja, das ist ein Riesensproblem. Selbst da, wo Organisation gelingt, ist es schwierig. Auch in der Krankenhausbewegung ist das zum Beispiel ein Thema: Wie führt man eigentlich einen Arbeitskampf, wenn Beschäftigte ohnehin zeitlich am Limit sind: durch ausgefeilte Schichtsysteme, durch den Teufelskreis von dauernden Notfalleinsätzen, weil Kolleginnen krank sind wegen Überarbeitung, und durch die Schwierigkeit, das mit einem Privatleben zu vereinbaren.

Auch in der großen Industrie sind Betriebsräte und Gewerkschaften noch einigermaßen stark vertreten.

Ja, aber in einem wachsenden Teil der Arbeitswelt gibt es keine Tarifverträge, keine Gewerkschaften und keine Betriebsräte. Dort stehen Beschäftigte dem zunehmenden Druck allein gegenüber. Die Frage, mit der wir uns auseinandersetzen müssen, ist: Wie kommt man aus dieser Situation heraus? Wo liegen Potenziale für eine solidarische Politik der Arbeit und was kann man tun, um diese Potenziale dann auch in tatsächliche Solidarität zu übersetzen.

Unternehmen bauen Zehntausende Stellen ab, Gewerkschaften verlieren Mitglieder. Ist das eigentlich ein guter Zeitpunkt oder schlechter Zeitpunkt für solche Kämpfe?

Es gibt die etwas zynische Haltung, die sagt: Die Dinge müssen erst schlechter werden, die Beschäftigten müssen ins Elend stürzen und dann fangen sie an, sich zu organisieren und widerständig zu werden.

Stimmt das?

Nein. Verelendung war noch nie eine gute Voraussetzung für Kämpfe um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Was aber im Moment sehr deutlich ist: Viele Beschäftigte haben sehr viel zu verlieren. Egal, wo man hinschaut, steigt der Druck. Selbst in hochorganisierten Bereichen wie der Automobilindustrie mit starken Gewerkschaften und starken Betriebsräten geht es um Stellenabbau im Zehntausenderbereich. Am anderen Ende des Spektrums reden wir über den Niedriglohnsektor, also über Menschen, die wirklich nicht wis-

ZUR PERSON



Nicole Mayer-Ahuja, 52, ist Arbeitssoziologin und Professorin an der Universität Göttingen. Zuletzt erschien ihr Buch „Klassengesellschaft akut. Warum Lohnarbeit spaltet – und wie es anders gehen kann“ im Verlag C. H. Beck, München. sbh/Bild: Sheela Ahuja

„In immer mehr Betrieben ohne Betriebsrat stehen Beschäftigte dem wachsenden Druck allein gegenüber.“

Nicole Mayer-Ahuja

sen, wie sie ihre Miete bezahlen sollen am Ende des Monats. Hier werden Lohnabhängige gegeneinander ausgespielt – Stichwort: Das Bürgergeld ist angeblich im Vergleich zur Vergütung solcher Jobs zu hoch – weil man Einsparungen machen will in der Arbeitslosenversicherung. Warum? Weil öffentliche Mittel für Arbeit und Soziales durch die Schuldenbremse knapp gehalten und unvorstellbare Summen auf Militär und Rüstung konzentriert werden. Das ist die Situation: Der Druck steigt und damit nimmt die Konkurrenz, das Hauen und Stechen zu. Dass solche Bedrohungen verbindend wirken, passiert nicht automatisch. Das ist eine Frage von Politik.

Der Begriff der Klasse spielt im politischen Mainstream quasi keine Rolle mehr. Warum ist er aus ihrer Sicht noch zeitgemäß?

An der Existenz der Klassengesellschaft hat sich nichts geändert. Sie ist im 19. Jahrhundert entstanden und bis heute stehen sich diejenigen gegenüber, die Arbeitskraft verkaufen müssen, und diejenigen, die sie kaufen, um Profite zu erzielen. In den letzten Jahrzehnten hat die soziale Ungleichheit, die zu großen Teilen parallel zu diesem Graben verläuft, sogar wieder enorm an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig – da haben Sie völlig recht – wird das Thema Klasse kaum noch thematisiert. Die alten Arbeiterparteien, die Sozialisten, die Sozialdemokraten in Europa sprechen nicht mehr über Klasse. Sie sprechen abhängig Beschäftigte auch nicht mehr als Arbeitende an, die eine Möglichkeit hätten, ihr eigenes Schicksal zu verbessern.

Mit welchen Folgen?

Das Ergebnis ist: Die Brutalität der Klassengesellschaft ist Teil der alltäglichen Arbeits- und Lebenswirklichkeit von Menschen, aber niemand greift diesen Sprengstoff auf. Die politischen Folgen sehen wir im Moment ganz deutlich. Viele schlagen an den Wahlurnen um sich. Das ist kein Wunder, wenn man Menschen immer wieder erklärt, dass „wir alle“ Teil der Mitte sind, und mit erhobenem Zeigefinger „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ einfordert, während sie bei der Arbeit jeden Tag grundlegend andere Erfahrungen machen.

Sie sprechen vom Aufstieg der AfD?

Ja, mit der AfD profitiert ja eine Partei von diesen Verwerfun-

gen, die nicht mal vorgibt, Politik für abhängig Beschäftigte zu machen. Aber es bleibt dabei nicht stehen. Aktuell erleben wir eine Regierungspolitik, die das Prinzip von „Teile und Herrsche“ zum Kern ihrer sozialpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Agenda macht, das ist brandgefährlich. Es ist höchste Zeit, darüber nachzudenken, wie es anders gehen, wie eine Politik der Emanzipation und Solidarisierung aussehen kann.

Wie könnte diese verbindende Politik aussehen?

Dabei geht es darum, die Grenzen hin zu Kooperation, gegenseitiger Unterstützung, Solidarität zu verschieben. Ein Ansatzpunkt dafür ist die Idee des betrieblichen Universalismus: Wo kollektive Rechte (etwa im Tarifvertrag) für alle Arbeitenden gelten und Betriebsräte alle Beschäftigten vertreten, sehen diese sich eher als Kolleginnen und Kollegen – und nicht als Einheimische, Migrantinnen, Männer oder Frauen.

Und ein anderer Ansatz?

Viele Belegschaften sind aufgespalten worden durch Outsourcing und Privatisierung. Dort kann man im Arbeitsprozess ansetzen und fragen: Was verbindet euch? Habt ihr gemeinsame Interessen? Was braucht ihr, um eure gemeinsame Arbeit gut zu machen? Das ist ein wichtiger Punkt.

Das ist die betriebliche Ebene. Wie steht es um die Politik?

Auch in der Sozialpolitik gibt es Ansätze für eine solidarische Politik der Arbeit. Etwa indem man dafür sorgt, dass alle, die abhängig beschäftigt sind, tatsächlich in die Sozialversicherung hineinkommen – also auch Arbeitende im Minijob, auch die Beamten und Beamtinnen. Wir brauchen eine Bürger- und Bürgerinnenversicherung für alle. Und ich glaube, verbindende Politik hat auch was zu tun mit Sozialeigentum – also mit öffentlichen Diensten, mit öffentlicher Infrastruktur, die ja auf Grundlage der Beiträge aus Lohnarbeit aufgebaut worden ist. Ein öffentliches Gesundheitssystem und öffentlicher Nahverkehr tragen massiv dazu bei, die Konkurrenz zwischen Arbeitenden zu begrenzen. Aber auch da weisen aktuelle Reformpläne leider in eine andere Richtung.

Das Argument ist oft: Dafür ist kein Geld da.

Das Argument hat sich doch erledigt, seit Milliarden in die Rüstung gepumpt werden. Und diese Militarisierung ist eine ganz schlechte Nachricht für abhängig Beschäftigte. Denn sie wird auf Kosten der arbeitenden Menschen finanziert. Und wenn dann Krieg ist, zahlen sie erst recht die Zeche. Die Forderung muss lauten: Existenzsichernde Arbeit, krisenfester Sozialstaat, angemessene öffentliche Dienste, und auch: Arbeitszeiten, die zum Leben passen ... – und zwar: „whatever it takes!“.

KOMMENTAR

31,5 Kilo Ignoranz

Zustellende tragen Last der Konsumgesellschaft



Von Steffen Herrmann

Können Sie ein Paket heben, das 31,5 Kilogramm schwer ist? Für Beschäftigte, die bei Zustellern oder in Verteilzentren arbeiten, stellt sich diese Frage nicht. Sie müssen. Beim Paketdienst UPS kann das Paket auch schon mal 70 Kilogramm schwer sein. Und damit geht es dann alleine ab in den dritten Stock, Altbau, kein Aufzug – viel Spaß.

Die Arbeit als Zustellerin und Zusteller oder im Verteilzentrum ist ein Knochenjob. Was bislang anekdotisch vielen Menschen bekannt war, zeigt die aktuelle Umfrage der Gewerkschaft Verdi auch empirisch. Rund 270000 Menschen arbeiten bei Paket- und Kurierdiensten, viele davon haben eine Migrationsgeschichte oder einen ausländischen Pass. Sie halten ihre Knochen hin, damit die Rädchen der Konsumgesellschaft nicht ins Stocken geraten: Mega-Sales, Rabatt-Schlachten; alles muss raus.

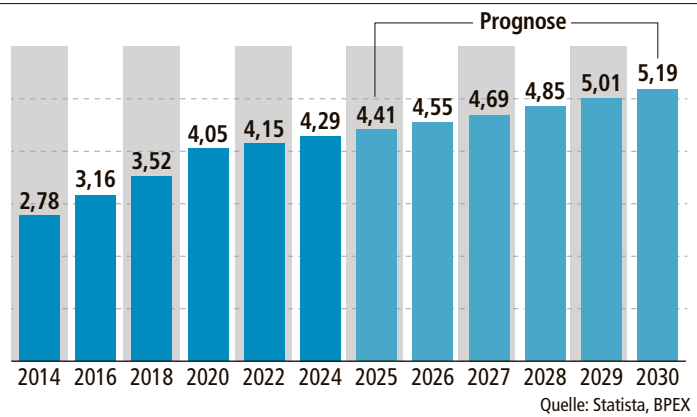
Der Lohn dafür ist – auf vielen Ebenen – mickrig: Mit den Gehältern, die in der Branche gezahlt werden, lässt sich ein gutes Leben kaum bezahlen. Die Zustellerinnen und Zusteller liefern häufig dort Pakete aus, wo sie sich nur im Traum ein Haus oder eine Wohnung leisten können. Auch gesellschaftliche Anerkennung erfahren die Betroffenen kaum.

Und am Ende des Berufslebens wartet eine spärliche Rente. Aber dafür muss man es bis ans Ende des Berufslebens schaffen: Gewerkschaften und Betriebsräte aus der Branche berichten von Muskel-Skelett-Beschwerden durch das jahrelange schwere Heben. Auch psychische Erkrankungen nehmen zu, vor allem durch Arbeitsverdichtung – der Druck steigt und die Folgen sind spürbar.

Doch daran wird sich so schnell nichts ändern. Die Ampel-Regierung wollte die Paketgrößen noch auf 20 Kilogramm beschränken, daraus ist nichts geworden. Und die aktuelle Bundesregierung zeigt wenig Interesse an den Arbeitsbedingungen der Menschen im Allgemeinen und der Paketbranche im Besonderen. Eher das Gegenteil: Die Beschäftigten sind den Appellen von Kanzler Friedrich Merz, wieder mehr, länger und härter zu arbeiten, ausgeliefert.

Der Paketdienst wird immer öfter klingeln

Anzahl der Sendungen von Kurier-, Express- und Paketdiensten in Deutschland, in Milliarden



Alles andere als gute Arbeit

Belastung und Unzufriedenheit in Paketbranche besonders hoch

VON STEFFEN HERRMANN

Schmerzende Füße, verspannter Nacken, Zeitdruck und Erschöpfung: Die Arbeit in der Paketbranche ist hart – schon im Alltag, aber ganz besonders zu Hochzeiten rund um den „Black Friday“, wenn der Handel mit Rabatten lockt, und vor Weihnachten. Dann bestellen die Menschen mehr im Internet, das heißt: mehr Pakete, mehr Arbeit in den Sortier- und Verteilzentren, mehr Lieferwagen auf den Straßen.

Tatsächlich sind Belastung und Unzufriedenheit der Beschäftigten in der Kurier-, Express- und Paketbranche (KEP) deutlich höher als in anderen Berufen. Das zeigt eine Studie der Gewerkschaft Verdi und des Dienstleisters Input Consulting, die am Dienstag veröffentlicht wurde. Demnach bewerten die Beschäftigten der Branche ihre Arbeitsbedingungen als schlecht. Charakteristisch für die Tätigkeiten in der Zustellung sowie in Sortier- und Verteilzentren seien „erhebliche körperliche Belastungen, eine hohe Arbeitsintensität bei gleichzeitig geringen Gestaltungsspielräumen“, schreiben die beiden Autoren der Studie. Im DGB-Index „Gute Arbeit“ erreicht die Paketbranche demnach einen Wert von 40 Punkten. Das sind deutlich weniger als der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt von 65 Punkten.

Umfrage in 14 Sprachen

Rund 2900 Beschäftigte der Paketbranche hat der Dienstleister Input Consulting im Auftrag von Verdi zu ihren Arbeitsbedingungen befragt. Weil viele Menschen, die Pakete packen, sortieren und ausliefern, kein oder nur wenig Deutsch sprechen, wurde der Fragebogen in 14 Sprachen an-

geboten. Die Arbeit in der KEP-Branche sei außerordentlich wichtig für Wirtschaft und Verbraucher, sagte Andrea Kocsis, stellvertretende Vorsitzende von Verdi, bei der Vorstellung der Studie. „Ohne die hohe Arbeitsleistung der Beschäftigten in der Paketbranche würden wichtige Teile der Wirtschaft nicht funktionieren.“

Dennoch seien die Bedingungen häufig schlecht. „Das entspricht weder den Ansprüchen der Beschäftigten an die Qualität der Arbeit noch der wirtschaftlichen Bedeutung der Branche.“ Die Gewerkschafterin forderte deshalb bessere Arbeitsbedingungen und bessere Löhne: „Die Arbeit in der Branche muss aufgewertet werden.“

„Viele Beschäftigte haben Angst vor der Rente“, sagte Studienautor Robert Koepf. Wer 45 Jahre arbeite und ein mittleres Brancheneinkommen erhalte, der müsse mit einer Rente an der Armutsgrenze rechnen, sagte Koepf. Das Einkommen der Branche liegt im Median bei 3000 Euro – und damit 25 Prozent unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Viele Beschäftigte bewerteten ihr Einkommen in der Studie als nicht leistungsgerecht, oft reiche es auch nicht zur Deckung aller Ausgaben.

Die Kurier-, Express- und Paketbranche ist in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Seit der Pandemie sind deutlich mehr Pakete unterwegs, der Online-Handel spielt eine immer größere Rolle. 2024 setzte die Branche rund 276 Milliarden Euro um. Zehn Jahre zuvor waren es noch 16,6 Milliarden Euro. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist allerdings nur moderat angestiegen, was für Verdi auf eine hohe Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten hindeutet.

Aus Sicht der Gewerkschaft Verdi ist die Branche stark konzentriert: Es gebe nur wenige große Unternehmen, die aber in zunehmendem Maße kleine Subunternehmen und Leiharbeit einsetzten – vor allem auf der sogenannten letzten Meile, also der Zustellung am Gartenzaun und an der Haustüre.

Mehr als zehn Stunden

Und diese Subunternehmen geraten immer wieder in die Schlagzeilen, zuletzt am Montag dieser Woche: Da meldete das Düsseldorfer Arbeitsministerium, es habe Missstände in Nordrhein-Westfalens Paketbranche aufgedeckt. Im Zeitraum Mai bis August seien bei 57 Subunternehmen teils gravierende Mängel im Arbeitsschutz festgestellt worden. Insbesondere die Arbeitszeit war ein Problem: Befragt worden waren in Nordrhein-Westfalen 225 Zustellerinnen und Zusteller. Jeder Fünfte gab an, mehr als zehn Stunden am Tag zu arbeiten. Das ist ein Verstoß gegen das Arbeitszeitgesetz, wie Steffen Röddecke vom NRW-Arbeitsministerium gegenüber der Nachrichtenagentur dpa mahnte.

Auch die Verdi-Studie zeigt Probleme bei der Arbeitszeit: Im Median machten die befragten Beschäftigten zehn Überstunden pro Woche. In Betrieben ohne Tarifbindung und Betriebsräte mussten die Beschäftigten deutlich länger arbeiten als in Betrieben mit Betriebsrat und Tarifbindung. Insbesondere Beschäftigte von Subunternehmen sowie Leiharbeiter:innen berichteten den Studienautoren zufolge von mehrfachen Verstößen, etwa wegen der Überschreitung gesetzlicher Höchstarbeitszeiten, unbezahlter Mehrarbeit und Verstößen gegen das Mindestlohngesetz.

Ralf Cremerius, Betriebsratsvorsitzender der Hermes Germany GmbH für die Region Köln, sprach bei der Vorstellung der Studie von einem „ruinösen Unterbietungswettbewerb“ der Paketdienstleister, ausgetragen auf dem Rücken der Beschäftigten.

Während der sogenannten Black Week kämen alleine bei Hermes rund 12000 Beschäftigte von Subunternehmen zum Einsatz, berichtete der Betriebsrat. Wie Gewerkschafterin Kocsis sprach sich auch Cremerius für ein Verbot von Subunternehmen in der Branche aus. „Das ist der einzige mögliche Weg, die Arbeitsbedingungen zu verbessern“, sagte Kocsic.



Das Weihnachtsgeschäft ist besonders hart.

DPA